



Niederschrift

Europaausschuss

19. Wahlperiode - 56. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. Februar 2022, 10:00 Uhr,
als Videokonferenz

Anwesende Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)

Vorsitzender

Hartmut Hamerich (CDU)

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Tobias von der Heide (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Annabell Krämer (FDP)

i. V. von Stephan Holowaty

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Dem Ausschuss zugewiesener Abgeordneter

Volker Schnurrbusch (Zusammenschluss AfD)

Weitere Abgeordnete

Abg. Dennys Bornhöft (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht der Landesregierung und anschließend mündliche Anhörung	5
	a) Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 19. Legislaturperiode (2017 - 2022) - Minderheitenbericht 2021	5
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3334	
	b) Bericht zur Sprachkompetenz in den Minderheiten- und Regionalsprachen im Landesdienst	5
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3335	
	c) Bericht der Landesregierung zur Evaluierung des Gesetzes zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Stärkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen	5
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3339	
2.	Fachgespräch mit Herrn Hansen, Infocenter Grenze Sønderjylland-Schleswig:	13
	Potenziale der Festen Fehmarnbeltquerung nutzen	13
	Alternativantrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3034	
	Antrag der Abg. Poersch (SPD) Umdruck 19/6514	
3.	Umsetzung des Arbeitsprogramms der EU-Kommission für 2021 in Schleswig-Holstein	17
	Bericht des Umweltministeriums	
4.	Für eine atomwaffenfreie Welt!	18
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/2758	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/7051	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/7086	

5.	Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee	20
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3188	
6.	Resolution des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee	21
7.	Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)	22
8.	Beschlüsse der 34. Veranstaltung „Jugend im Landtag“	24
9.	Verschiedenes	25

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, eröffnet die als Videokonferenz durchgeführte Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nach Änderung des § 18 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags Abstimmungen in der Videokonferenz nun möglich seien. Dazu sei es erforderlich, die Abstimmenden einzeln aufzurufen und dass diese zu hören und zu sehen seien.

1. Bericht der Landesregierung und anschließend mündliche Anhörung

a) Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 19. Legislaturperiode (2017 - 2022) - Minderheitenbericht 2021

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/3334](#)

b) Bericht zur Sprachkompetenz in den Minderheiten- und Regionalsprachen im Landesdienst

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/3335](#)

c) Bericht der Landesregierung zur Evaluierung des Gesetzes zur Umsetzung des Verfassungsauftrages zur Stärkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/3339](#)

hierzu: [Umdrucke 19/6885](#), [19/6948](#), [19/7015](#), [19/7084](#), [19/7175](#)

Der Chef der Staatskanzlei, Herr Schrödter, geht auf die Berichte der Landesregierung [Drucksachen 19/3334](#), [19/3335](#) und 19/3339 ein. Zu dem Bericht „Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 19. Legislaturperiode (2017 - 2022) - Minderheitenbericht 2021“, dem achten Bericht dieser Art, erläutert der Staatssekretär, dass die deutsch-dänischen Beziehungen im Grenzgebiet noch einmal gestärkt worden seien. Zum Jahrestag der Volksabstimmung seien jeweils Gremien gebildet und viele Projekte geplant worden, die wegen der Coronapandemie teilweise aber nicht hätten durchgeführt werden können. Dennoch habe die gemeinsame Koordination ein Vorbild für die Völkerverständigung über Grenzen hinweg dargestellt.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung habe die schleswig-holsteinische Minderheitenpolitik auf europäischer Ebene noch einmal deutlich sichtbarer gemacht. Sie habe die Minority-

SafePack-Initiative deutlich unterstützt. Kürzlich habe dazu noch ein Gespräch des Ministerpräsidenten mit der EU-Kommissionspräsidentin stattgefunden.

Das Land Schleswig-Holstein habe auch in den vergangenen Jahren in Kooperation mit dem Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit internationale Projekte im Bereich der Minderheitenpolitik initiiert. Zudem sei am 31. Januar 2021 die Friesenstiftung auf den Weg gebracht worden, um Kultur- und Sprachförderung für das friesische Volk auf Dauer zu sichern. Die Vertreterinnen und Vertreter der Minderheit seien im Stiftungsrat vertreten, sodass sie Einfluss auf die Förderschwerpunkte nehmen könnten.

Es gebe eine Bund-Länder-Vereinbarung betreffend den Erhalt der Gräber für die von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma, die Schleswig-Holstein gemeinsam mit anderen Ländern auf Bundesebene vorangetrieben habe.

Das Thema Sprachenpolitik sei mit einem Handlungsplan im Hinblick auf das Thema „Bildung, Medien, Mehrwert“ neu fokussiert worden. An verschiedenen Stellen seien die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Minderheiten und Volksgruppen weiter verbessert worden, stellt der Chef der Staatskanzlei mit Blick auf Änderungen des Landesverwaltungsgesetzes, des Schulgesetzes, des NDR-Staatsvertrages und das Kita-Reformgesetz fest.

Zum Bericht zur Sprachkompetenz in den Minderheiten- und Regionalsprachen im Landesdienst, [Drucksache 19/3335](#), fasst Herr Schrödter zusammen, dass es um das Vorhandensein Niederdeutsch, Dänisch und Friesisch gehe. Die Daten, die dem Bericht zugrunde lägen, seien durch eine Ressortabfrage erhoben worden.

Als zentrale Erkenntnisse der Umfrage stellt der Chef der Staatskanzlei heraus, dass 102 von 127 Dienststellen und Behörden, die sich zurückgemeldet hätten, Sprachkenntnisse in einer der drei Sprachen nachgewiesen hätten. Die Lage sei im Bereich für die verschiedenen Regionen und Sprachen differenziert dargestellt worden. Wo Lücken erkannt worden seien, werde die Landesregierung reagieren.

Bezüglich [Drucksache 19/3339](#) stellt Herr Schrödter fest, dass die in dem Gesetz zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zur Stärkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen vorgesehene Evaluierung mit großer Ernsthaftigkeit durchgeführt worden sei. Dazu sei externe

Expertise bemüht worden. Der Bericht sei in Abstimmung mit dem Landtag aufgrund der Coronapandemie verzögert vorgelegt worden.

Der Chef der Staatskanzlei, Herr Schrödter, umreißt, dass Artikel 1 bis 3 des Gesetzes auf fünf inhaltliche Untersuchungsgegenstände hin zu evaluieren gewesen seien (siehe Seite 5 der [Drucksache 19/3339](#)). Die Regelungen seien nur in dem Maße bereits wirksam, in dem sie im Behördenalltag gelebt würden. Indem die Regelungen bei den Minderheiten bekannter gemacht würden, sodass Betroffene häufiger darauf Bezug nehmen könnten, sei zu erwarten, dass sich eine Relevanz in der Praxis erst noch entfalten werde. Beim Dänischen sei bereits eine stärkere Inanspruchnahme erkennbar.

Die Landesregierung habe den Bericht und die darin enthaltenen Empfehlungen zum Anlass für ein Programm sofortiger Handlungsmaßnahmen genommen.

Abschließend hebt der Chef der Staatskanzlei noch einmal hervor, dass die Minderheitenpolitik einen hohen Stellenwert für die Landesregierung habe, viele Maßnahmen bereits ergriffen worden seien und die Stärkung der Sprachkompetenz in der Verwaltung in Angriff genommen werde.

Abg. Waldinger-Thiering erkundigt sich, wie weit die Landesregierung mit der Erstellung von Lehrmaterialien für die Schulen zur Stärkung des Friesischen im Land sei und welche Anreize für die Lehrkräftegewinnung geplant seien. Herr Schrödter antwortet, dass die Schaffung der Friesenstiftung das stärkste Signal zur Förderung der friesischen Kultur in dieser Legislaturperiode dargestellt habe. Die Landesregierung habe den Punkt auch gegenüber dem Bund vertreten, der sich an der Finanzierung beteilige.

Auf eine weitere Frage der Abg. Waldinger-Thiering erwidert er, die Bildungsberaterinnen und -berater leisteten eine sehr wichtige Arbeit zur Verbesserung der Situation der Sinti und Roma. Aus seiner Sicht bestehe kein unmittelbarer zusätzlicher Handlungs- und Verstärkungsbedarf, sondern der Bereich sei bereits sehr gut aufgestellt. Es werde laufend geprüft, welche Maßnahmen gegebenenfalls noch zu ergreifen seien.

Herr Stäcker vom Bildungsministerium bestätigt die Darstellung des Chefs der Staatskanzlei, dass das Projekt zur Bildungsberatung von Sinti und Roma gut aufgestellt sei. - Zum Friesischen ergänzt Herr Stäcker, dass die Kapazitätsverordnung so geändert werde, dass Studierende Creditpoints erhalten könnten, wenn sie Friesisch an der Universität in Flensburg oder Kiel studierten. Es gebe eine Priorisierung der Studierenden, die ins Referendariat gingen, wenn sie Friesisch an einer Schule unterrichten wollten. Zudem gebe es Bemühungen, dass fertige Friesischlehrkräfte an den entsprechenden Schulen arbeiten könnten.

Insgesamt sei leider festzustellen, dass es eine zu kleine Gruppe junger Menschen sei, die Friesisch als Unterrichtsfach belegten und die Sprache in die Schulen trügen. Momentan gebe es 759 Friesischlernende an zehn Standorten. Es werde versucht, die Standorte mit den entsprechenden Materialien zu unterstützen. Ein Lehrbuch für die Oberstufe sei in Ferring fertiggestellt worden. Lehrbücher für die Grundschule seien in Frasch und Ferring erstellt. Es liefen Gespräche, das Paul-und-Emma-Buch, das es für Dänisch und Niederdeutsch bereits gebe, auf Sölring zu übersetzen, um die Sprache auf Sylt zu unterstützen. Zudem gebe es mittlerweile Audioaufnahmen zu „Paul an Emma - snaake fering“. Zur Unterstützung aller Regional- und Minderheitensprachen seien ferner Lernkärtchen erstellt worden.

Herr Schrödter gibt an, dass Gespräche mit dem IQSH stattfänden, zehn Ausgleichsstunden zur Verfügung zu stellen, um Lernmaterialien perspektivisch auch für die Klassen über die Grundschule hinaus weiterherzustellen. Es bestehe ein enger Kontakt zum Dansk Skoleforening dahin gehend, Lehrkräfte, die im dänischen Privatschulsystem unterrichteten, auch für den Unterricht in Schleswig-Holstein zu gewinnen. Zusammengefasst bestehe das generelle Problem dahin, Nachwuchs für den Unterricht in den verschiedenen Dialekten zu werben.

Der Ausschuss führt eine mündliche Anhörung zu den Berichten der Landesregierung durch.

Gösta Toft

Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN)

[Umdruck 19/7084](#)

Herr Toft, Vizepräsident der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten, trägt die Schwerpunkte der Stellungnahme, [Umdruck 19/7084](#), vor.

The European Centre for Minority Issues (ECMI)

Dr. Ljubica Djordjević, wissenschaftliche Mitarbeiterin

[Umdruck 19/7175](#)

Frau Dr. Djordjević, trägt die Stellungnahme des European Centre for Minority Issues vor, [Umdruck 19/7175](#).

Abg. Waldinger-Thiering betont, dass es wichtig sei, Minderheitenangehörige über ihre Rechte bestmöglich zu informieren, damit die Regelungen stärker zur Anwendung kämen. - Frau Dr. Djordjević konstatiert, auch die Minderheitenorganisationen trügen Verantwortung, über die gesetzlichen Regelungen zu informieren und deren Umsetzung einzufordern. Sie vermute, dass mit dem Angebot die Hemmschwelle von Minderheitenangehörigen sinke, ihre Rechte zu nutzen. Neben dem Blick auf juristische Rahmenbedingungen fehlten häufig Daten zu deren praktischen Auswirkungen und alltäglichen Umsetzung. Sie empfehle deshalb diesbezüglich die systematische Entwicklung von Indikatoren und den Punkt in Berichte einzubeziehen.

Auf eine Frage des Abg. Voß bestätigt Frau Dr. Djordjević, dass das slowenische Modell ein interessantes Beispiel darstelle. Es gebe dort allerdings auch Kritik hinsichtlich der Arbeitsbelastung, die sich für mehrsprachige Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ergebe. Sie vermute, dass diese Problematik in Schleswig-Holstein nicht im selben Maße aufträte. Zu mehr Minderheitensprachenkompetenz bei den Beschäftigten könne die Landesverwaltung über sogenannte weiche Maßnahmen, etwa entsprechende Stellenbeschreibungen, Trainingsmaßnahmen wie Sprachkurse und einer Differenzierung zwischen allgemeinen Sprachkenntnissen und Fachsprachkenntnissen gelangen.

Die Idee des Abg. Heinemann, Sprachcomputer zur verbesserten Kommunikation einzusetzen, beantwortet Frau Dr. Djordjević damit, dass Minderheitenangehörige in Schleswig-Holstein in der Regel die deutsche Sprache auf muttersprachlichem Niveau beherrschten, sodass die Verständigung in den Behörden an sich nicht das Problem darstelle. Es gehe darum, dass Minderheitensprachen nicht nur im familiären, häuslichen Bereich, sondern auch in der Öffentlichkeit stärker vorkämen und sichtbar gemacht würden und somit um Anerkennung von Sprache und kultureller Identität.

Auf eine Frage des Abg. Voß, welche Folgen die Coronapandemie an der deutsch-dänischen Grenze zeitige, antwortet Herr Toft, dass Kontrollen an der Grenze zweifellos große Auswirkungen gezeigt hätten. Im Bereich der Minderheiten hätten die Grenzschießungen Familien teilweise getrennt. Auch im Bildungsbereich hätten sich Nachteile etwa bezüglich der Verfügbarkeit von Lehrmaterialien ergeben. Dem müsse künftig mit verbesserter Kommunikation entgegengetreten werden.

Peter Hansen

Leiter der Region Sønderjylland-Schleswig, Regionskontor und Infocenter

[Umdruck 19/6948](#)

Herr Hansen betont, dass die Sprach- und Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein aktiv gelebt werde und Normalität sei. Im Hinblick auf die Sprachkompetenz bei den Landesbehörden seien die Unterschiede zwischen alltäglicher und Fachsprache zu berücksichtigen sowie Unterschiede in den Abläufen bürokratischer Prozesse diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze, wie zum Beispiel die Abgabe einer Einkommensteuererklärung zeige. Er empfehle, dass auf personeller Ebene ein Austausch zwischen den Verwaltungen in Deutschland und Dänemark stattfinden sollte, um die Kultur und Unterschiede der Systeme auf beiden Seiten kennenzulernen. So ließen sich inhaltliche und sprachliche Anknüpfungspunkte schaffen.

Zu der Frage, was Grenzschießungen für Minderheiten bewirkt hätten, betont auch Herr Hansen, dass die Pandemie Trennungen bewirkt habe; die Region Sønderjylland-Schleswig habe hierzu drei Berichte veröffentlicht. Dass sich die Menschen nicht mehr hätten begegnen können, sei eine besondere Herausforderung der Anfangszeit der Pandemie gewesen. Ständig wechselnde Vorschriften, zum Teil missverständliche und unterschiedliche Maßnahmen auf deutscher und dänischer Seite und eine Verringerung der Grenzübergänge hätten in der Unsicherheit, die ohnehin vorherrschend gewesen sei, bei den Menschen großen Frust hervorgerufen. Im Bildungsbereich seien der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwei Jahrgänge sozusagen verloren gegangen.

Herr Hansen fügt hinzu, dass die deutsch-dänische Grenzregion im Vergleich zu anderen europäischen Grenzregionen, in denen es restriktivere Maßnahmen gegeben habe, „mit einem blauen Auge“ durch die Pandemie gekommen sein. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

hätten zwischen Deutschland und Dänemark über die Grenze gelangen können. Er verspreche sich von den nächsten Wochen und Monaten eine weitgehende Rückkehr zur Normalität im grenzüberschreitenden Miteinander.

Johannes Callsen, MdL

Vorsitzender des DialogForumNorden (DFN)

[Umdruck 19/7015](#)

Herr Callsen, Minderheitenbeauftragter des Ministerpräsidenten und Vorsitzender des DialogForumNorden (DFN), trägt die Inhalte der Stellungnahme, [Umdruck 19/7015](#), vor.

Abg. Poersch stellt fest, dass die Verbände eine stärkere Berücksichtigung des Faktors Minderheitensprachkenntnisse in der Landesverwaltung bei Einstellungen sowie eine systematischere Evaluierung des Status quo wünschten. Dass es auch um einen weitergehenden kulturellen Austausch und Fachsprachenkenntnisse gehe, leuchte ihr ein. Die Landesregierung müsse ihre Maßnahmen in diesem Problemfeld gezielter aufstellen.

Herr Callsen weist darauf hin, dass er in dieser Runde nicht als Minderheitenbeauftragter des Ministerpräsidenten, sondern als Vorsitzender des DFN spreche. Das DFN habe positiv bewertet, dass die Handlungsempfehlungen auf Basis der Evaluierung, [Drucksache 19/3335](#), aufgegriffen worden seien. Die Maßnahmen trügen zu einer stärkeren Verankerung der Minderheitensprachen im Landesdienst bei und erschienen ihm sehr zielgerichtet.

Herr Schwarze, Mitarbeiter der Staatskanzlei, geht darauf ein, dass mithilfe des Personalverwaltungssystems KoPers eine systematische Erfassung der Sprachenkompetenzen im Bereich der Landesverwaltung angestrebt werde. Der potenzielle Mehrwert werde bereits erkannt. Die Abfrage bezüglich der Minderheitensprachkenntnisse unter Beschäftigten habe im Übrigen gezielt erhoben, wer im dienstlichen Kontext bereit wäre, die jeweilige Sprache stärker zu nutzen. Dies ergebe aus Sicht der Landesregierung vor allem dann Sinn, wenn die Fachsprache beherrscht werde.

Herr Toft ergänzt hinsichtlich der Sprachenkompetenz, dass das Niederdeutsche und das Friesische als bedroht gelten könnten. Er schlägt eine „Revitalisierungskampagne“ vor. Soziale

Medien könnten dabei helfen, die Attraktivität der Sprachen erhöhen und Sprecherinnen und Sprecher sowohl im Unterrichtsbereich als auch in der Verwaltung dafür zu gewinnen.

Frau Pieper, stellvertretende Leiterin des Referats „Auswärtige Angelegenheiten (ohne EU und Ostsee) und nationale Minderheiten“ in der Staatskanzlei, fügt hinzu, die Staatskanzlei sei im Austausch mit den Organisationen der Sprachgruppen, um abzustimmen, was hinsichtlich einer fachsprachlichen Ausbildung überhaupt möglich sei. Gerade das Niederdeutsche und das Friesische bringe jeweils die Herausforderung mit sich, dass es für viele Bereiche, etwa das Steuer- oder Arbeitsrecht, kaum Begriffe gebe. Die Landesregierung sei im Rahmen der Sprachenpolitik bemüht, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, während die Frage, was sprachlich umsetzbar und für die Angehörigen der Sprachgruppen relevant sei, in den Bereich der Sprachenpolitik falle. Dafür sei die Landesregierung auf den Kontakt zu den Vertretungen der Sprachenangehörigen angewiesen und steige aktuell verstärkt in den entsprechenden Dialog ein. Dabei gehe es um die Umsetzung der Outputorientierung, die das ECMI eingefordert habe.

Der Ausschuss nimmt die Berichte der Landesregierung, [Drucksachen 19/3334](#), [19/3335](#) und [19/3339](#), abschließend zur Kenntnis.

2. **Fachgespräch mit Herrn Hansen, Infocenter Grenze Sønderjylland-Schleswig:**

Potenziale der Festen Fehmarnbeltquerung nutzen

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/3034](#)

hierzu: [Umdrucke 19/5986, 19/5989, 19/5999, 19/6001, 19/6017, 19/6018, 19/6053, 19/6082, 19/6087, 19/6088, 19/6097, 19/6098, 19/6107, 19/6110, 19/6114, 19/6117, 19/6118, 19/6120, 19/6121, 19/6126, 19/6133, 19/6151, 19/6201, 19/6483, 19/6964](#)

Antrag der Abg. Poersch (SPD)

[Umdruck 19/6514](#)

Abg. Poersch umreißt für das Fachgespräch mit Herrn Hansen vom Infocenter Grenze Sønderjylland-Schleswig die Fragestellung, was sich von dieser Einrichtung für die Fehmarnbeltroute lernen lasse. Sie hoffe, dass sich Erkenntnisse daraus auf Ostholstein übertragen ließen, um Fehler zu vermeiden.

Herr Hansen berichtet, dass das Infocenter Grenze seit 2012 eine Kooperationsvereinbarung mit dem Fehmarnbelt-Komitee habe. Themen wie Sprache und Arbeitsmarkt, die an der deutsch-dänischen Grenze relevant seien, würden in diesem Rahmen mit den dänischen Partnern diskutiert.

In den Jahren 2012 bis 2017 sei es um die Fehmarnbeltregion sehr ruhig gewesen, während allgemein auf den Baubeginn gewartet worden sei. Auf dänischer Seite seien die Pläne konkreter und erste Anforderungen von deutschen Arbeitskräften für dieses Jahr bereits an die deutsche Arbeitsverwaltung gegangen.

Seitens des Infocenter Grenze bestehe seit 2020 ein Projekt gemeinsam mit der Region Sjælland, in dem es die Beratung für die Fehmarnbeltregion durchführe. Das Projekt habe die Widrigkeiten der Coronapandemie wie Verschiebungen und Grenzschießungen erfahren, aber auch eine sehr große Unterstützung von Partnern vor Ort. Die besonderen Rahmenbedingungen hätten zu einer Konzentration auf das Onlinegeschäft geführt. Darüber hinaus sei die Beratung telefonisch aufrechterhalten worden. Der Bekanntheitsgrad des Projekts sei darüber gestiegen, und es sei bis Sommer 2022 verlängert worden.

Das Infocenter Grenze stehe mit seinem Erfahrungswissen auch aufgrund der Förderung durch das Land Schleswig-Holstein für die Fehmarnbeltregion beratend und helfend bereit, sowohl für die deutsche als auch für die dänische Seite. Hoffentlich werde auch bald das Angebot vor Ort mit Informationsveranstaltungen, Feierabendtreffen, Informationsangeboten für Unternehmen und Ähnlichem zu realisieren sein.

Herr Hansen stellt fest, insgesamt werde sichtbar, wie Corona sich auf die Grenzregion in der Region Sønderjylland-Schleswig im Vergleich zur Fehmarnbelt-Region auswirke. Die Beratungszahlen seien „exorbitant“ gestiegen. Bereits 2020 sei das Niveau mit 3.600 Anfragen sehr hoch gewesen. 2021 sei eine Steigerung um 23 % auf 4.500 Anfragen zu verzeichnen gewesen. Die Steigerung sei den Grenzrestriktionen, aber auch dem normalen Geschäft von Neuanstellungen, Versetzungen, Rente, Krankheitsfällen und dergleichen geschuldet. Ferner lasse sich ein gewisser Trend zur Auswanderung feststellen. Hierin liege ein großer Unterschied zwischen der Region Sønderjylland-Schleswig und der Fehmarnbeltregion. Die Kommune Lolland habe eine eigene Organisation zur Handhabung von Zuzüglern wie Bauarbeitern geschaffen. Im ersten Halbjahr 2021 habe es lediglich fünf Neuanmeldungen in diesem Zusammenhang gegeben, während allein in Appenrade im Jahr 2021 673 Deutsche neu registriert worden seien.

Herr Hansen geht davon aus, dass die Potenziale der Fehmarnbeltregion erst sichtbar würden, wenn sie sich voraussichtlich in den 2030er-Jahren etabliert haben werde. Bis dahin werde eine Bauphase mit besonderen Schwerpunkten vorherrschen, was Arbeitskräfte und Beratungsbedarf betreffe. Es sei davon auszugehen, dass der Arbeitsmarkt sich bis dahin sowohl nachfrage- als auch angebotsseitig noch verändern werde, ebenso wie auch die gewerbliche Entwicklung. Es sei deshalb mit der Region Sjælland vereinbart worden, „auf Sicht zu fahren“. Das Beratungsangebot für die Fehmarnbeltregion werde zunächst für die nächsten ein bis zwei Jahre konzipiert. Der Beratungsbedarf bestehe bisher nur bedingt im Vergleich zu dem, was an der deutsch-dänischen Grenze in Sønderjylland-Schleswig geschehe. In der Fehmarnbeltregion benötigten oftmals Drittstaatsangehörige eine Beratung. Insgesamt ergäben sich andere Beratungsschwerpunkte.

Ungeachtet der geschilderten Umstände sei das Infocenter Grenze an der Weiterführung der Kooperation interessiert.

Im Hinblick auf den Alternativantrag, [Drucksache 19/3034](#), merkt Herr Hansen an, dass dieser häufig auf die Infrastruktur Bezug nehme, die sehr wichtig sei. Es sein ein weiter Weg von Lübeck nach Kopenhagen und eine Vereinfachung und Steigerung der Klimafreundlichkeit auf dieser Strecke wünschenswert. Herr Hansen legt dar, dass Arbeitskräfte selten direkt in der Region wohnten, sondern pendelten. Auch ein Pendlerstrom aus Mecklenburg-Vorpommern über Rostock sei spürbar und relevant, insofern als hier etwa in der Coronapandemie andere Einreiseregeln gegolten hätten als seitens Schleswig-Holsteins. Dies gelte es für die Arbeitgeber im Blick zu behalten.

Dass die Beratung möglichst zentral stattfinden solle, sei sowohl von der Region Sjælland als auch der Region Süddänemark und von der schleswig-holsteinischen Landesregierung verschiedentlich beschieden worden und liege auch im Interesse des Infocenters Grenze.

Zum im Antrag erwähnten Thema Geschäftsdienstreisen und A1-Bescheinigung merkt Herr Hansen an, dass sich hoffentlich eine einfache Lösung auf EU-Ebene finden werde. Akut handle es sich um kein großes Problem.

An das Thema „unbürokratische Anerkennung von Berufsabschlüssen“ äußert Herr Hansen, gelte es pragmatisch heranzugehen und Einzelfallbetrachtungen je nach Berufsständen vorzunehmen. Wo gesetzlich keine Autorisationspflicht vorgeschrieben sei, sei damit zu rechnen, dass Arbeitgeber und Behörden aufgrund des Fachkräftemangels Lösungen entwickelten.

Auf Fragen der Abgeordneten Voß und Poersch antwortet Herr Hansen, dass in diesem Jahr mit den ersten Arbeitskraftanforderungen von Deutschland nach Dänemark zu rechnen sei. Es gehe zum Beispiel konkret um Baumaschinenführer, die Fehmarn A/S bei der Arbeitsagentur in Lübeck angefragt habe. Die Möglichkeiten, sowohl die Arbeitsvermittler als auch Arbeitssuchende beziehungsweise später Grenzpendelnde zu beraten, würden bereits in den Blick genommen. Wenn die Kräfte in Dänemark eingestellt würden, fielen sie unter das dänische Gewerkschaftssystem. Anders verhalte es sich, wenn deutsche Unternehmen Drittstaatenangehörige einstellten. Unterschiede bestünden, je nachdem, ob jemand angestellt und auf die Baustelle entsandt werde oder als Grenzpendler ein Arbeitsverhältnis vor Ort jenseits der Grenze habe oder aber übersiedele.

Herr Hansen umreißt, dass regelmäßige Themen der Beratung die Steuer- und sozialen Sicherungssysteme seien sowie arbeitsrechtliche Verhältnisse. Die Frage, welches Recht anzuwenden sei, stelle sich angesichts täglich zahlreicher, gegebenenfalls zu dokumentierender Grenzübertritte auf der Baustelle. Das Infocenter Grenze sei mit der Klärung der Fragen mit den zuständigen Behörden begriffen. Es werde auch untersucht, welche statistischen Daten sowohl an der Landgrenze zu Dänemark als auch in der Fehmarnbeltregion zu den Pendlern und ihren beruflichen Qualifikationen fehlten.

In Bezug auf Drittstaatenangehörige merkt Herr Hansen an, das Infocenter könne europarechtliche Fragen, nicht aber Fragen zur Krankenversicherungssituation, die sich zwischen drei Staaten in diesem Zusammenhang ergebe, beantworten.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Hansen im Namen des Ausschusses für das Fachgespräch.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der SPD und des SSW, dem Landtag den Alternativantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/3034](#), zur Ablehnung.

3. Umsetzung des Arbeitsprogramms der EU-Kommission für 2021 in Schleswig-Holstein

Bericht des Umweltministeriums

hierzu: [Drucksache 19/2780, Umdruck 19/7013](#)

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss mit Schreiben des Umweltministers, [Umdruck 19/7013](#), bereits umfassend informiert worden sei und ein mündlicher Bericht der Landesregierung sich erübrige.

4. Für eine atomwaffenfreie Welt!

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2758](#)

(überwiesen am 25. Februar 2021)

hierzu: [Umdrucke 19/5878](#) (neu), [19/5902](#), [19/5953](#), [19/6035](#),
[19/6043](#), [19/6047](#), [19/6050](#), [19/6051](#), [19/6058](#),
[19/6059](#), [19/6060](#), [19/6099](#), [19/6376](#), [19/6963](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/7051](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/7086](#)

Abg. Poersch bedankt sich, dass der Antrag im Ausschuss intensiv einschließlich einer mündlichen Anhörung beraten worden sei. Sie begrüße es, dass die regierungstragenden Fraktionen einen Änderungsantrag erarbeitet hätten.

Die SPD-Fraktion wolle das Ziel einer atomwaffenfreien Welt durch einen Landtagsbeschluss verankert sehen. Aus dem durch die SPD-Fraktion eingereichten Änderungsantrag, [Umdruck 19/7051](#), ergebe sich das Anliegen, die Bundesregierung dabei zu unterstützen, als Beobachter bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags dabei zu sein.

Abg. Poersch regt ergänzend an, zu einem gemeinsamen Beschluss des Landtags zu kommen, in dem nach dem Satz, den die Koalition mit dem Änderungsantrag, [Umdruck 19/7086](#), vorgelegt habe, ein Satz aufgenommen werde, der das Ziel eine atomwaffenfreie Welt zum Ausdruck bringe. Die gemeinsame Beschlussfassung solle auch die Aussage enthalten, dass der Landtag es begrüße, dass die Bundesregierung in einem ersten Schritt Beobachter bei der Vertragsstaatenkonferenz werde.

Abg. von der Heide verweist auf den Antrag der Koalition, [Umdruck 19/7086](#). Es sei kein Geheimnis, dass die CDU-Fraktion den Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht für die richtige Stelle halte, um das Thema so intensiv zu behandeln; die Einflussmöglichkeiten seien gering. Er schlage vor, heute eine Beschlussempfehlung an den Landtag abzugeben. Die Anregung der Abg. Poersch sei angekommen, doch bestehe parlamentarisch durchaus Spielraum, die Formulierung bis zur Beschlussfassung des Landtags noch einmal zu überdenken.

Abg. von Kalben merkt an, die Ausschussberatung habe keinen ganz gewöhnlichen Verlauf genommen. Zum Antrag der Opposition habe es innerhalb der Koalition unterschiedliche Positionen gegeben, ob das Thema überhaupt und in welcher Intensität es behandelt werden sollte. Abg. von Kalben betont, dass es fast gelungen sei, zu einer Einigung zu kommen und diese, wie Abg. von der Heide gesagt habe, bis zum Landtagsbeschluss gegebenenfalls noch erfolgen könne. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gelte, dass sie sich dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt verpflichtet fühle, selbst wenn die Koalition den Änderungsvorschlägen der SPD-Fraktion nicht folge.

Abg. Krämer schließt sich Abg. von der Heide an. Sie sei der Meinung, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag nicht unbedingt der richtige Ort sei, um das Thema intensiv zu behandeln. Es gehe eher um grundsätzliche Einschätzungen. Sie stimme Abg. von Kalben darin zu, dass alle das Ziel einer atomwaffenfreien Welt verfolgten, nur über den Weg dorthin bestehe nicht immer Einigkeit. Falls bis zum Plenum noch eine gemeinsame Grundsatzaussage getroffen werden könne, werde sich dem niemand verwehren.

Abg. Poersch erkundigt sich, welcher Spielraum dem Verfahren nach gegeben sei, um die Beschlussempfehlung nach Abschluss der Ausschussberatung zu ändern.

Frau Reinke-Borsdorf, Ausschussgeschäftsführerin, stellt fest, dass nach Abschluss der Ausschussberatung bis zum Landtagsbeschluss gegebenenfalls die Fraktionen noch Änderungsvorschläge an das Plenum einbringen könnten. - Der Vorsitzende schließt sich dieser Auffassung an.

Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung des SSW mehrheitlich dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2758](#), in gemäß dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD geänderter Fassung, [Umdruck 19/7051](#), abzulehnen.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der SPD und des SSW beschließt der Ausschuss, dem Landtag zu empfehlen, den aus dem Antrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 19/7086](#), ersichtlichen Beschlussvorschlag zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

5. Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3188](#)

(überwiesen am 26. August 2021 an den **Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss**, den Europausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Einstimmig schließt sich der Ausschuss entsprechend dem Vorschlag des Abg. Heinemann dem Votum des federführenden Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschusses an und nimmt den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 19/3188](#), abschließend zur Kenntnis.

6. Resolution des 18. Parlamentsforums Südliche Ostsee

Frau Watolla, Leiterin des Europareferats im Landtag, erläutert, dass in diesem Jahr das Parlamentsforum Südliche Ostsee wieder zusammenkommen solle. Es liege ein Vorschlag für eine Resolution vor, der an die Fraktionen per E-Mail verschickt worden, ebenso wie die Sitzungsvorlage, in die bereits die Änderungswünsche der Fraktionen aufgenommen worden seien (siehe Anlage 1). Frau Watolla formuliert als mögliches Ziel, einen geeinten Vorschlag des Resolutionstextes mit den Nachbarbundesländern Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern an die polnische Seite zu schicken. Abg. Hamerich könnte als Verhandlungsführer benannt und beauftragt werden, mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern einen geeinten Textvorschlag auszuhandeln.

Abg. Hamerich bedankt sich bei Frau Watolla für die Vorbereitung, bietet an, sich in der skizzierten Art und Weise als Verhandlungsführer einzubringen und sich mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung zu setzen. Des Weiteren würden auch die Änderungsvorschläge der SPD einbezogen und soweit möglich übernommen. Er wolle Abg. Knuth einbeziehen, da dieser fachlich beteiligt gewesen sei.

Die Abgeordneten Voß und Waldinger-Thiering äußern sich mit dem Verfahren einverstanden.

Abg. Poersch äußert sich für ihre Fraktion mit den Änderungsvorschlägen der anderen Fraktionen einverstanden. Sie wünsche Abg. Hamerich gutes Gelingen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, Abg. Hamerich als Verhandlungsführer mit dem Ziel zu beauftragen, mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern auf Grundlage des samt Änderungsvorschlägen der Fraktionen vorliegenden Resolutionsentwurfs (Anlage 1) einen gemeinsamen Vorschlag des Texts auszuhandeln. Im weiteren Verfahren solle der geeinte Textvorschlag der polnischen Seite für das 18. Parlamentsforum Südliche Ostsee übersandt werden.

7. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)

Abg. Voß berichtet, der Ausschuss der Regionen tage zurzeit hybrid. Er nehme an, dass davon auch zukünftig weiter Gebrauch gemacht werde, um sich in Arbeitsgruppen zu organisieren und kurzfristig zusammenkommen zu können. Grundsätzlich halte er die Vernetzungsmöglichkeiten von Präsenztreffen aber für überlegen.

Neben Finanz- und Haushaltsfragen sei die Vorstellung der gemeinsamen Präsidenschaften von Frankreich, Schweden und Tschechien wichtig gewesen. Als weitere wichtigen Arbeitsbereich neben der Konferenz zur Zukunft Europas hebt Abg. Voß den European Green Deal hervor. Es gelte aus Impactstudien Konsequenzen dahin gehend zu ziehen, wo die Rückmeldungen aus den Regionen bei der Rechtssetzung der Kommission Berücksichtigung fänden.

Zum Thema Konferenz zur Zukunft Europas berichtet Abg. Voß, eine zentrale Botschaft auch aus dem Ausschuss der Regionen heraus sei, dass außer einem Bericht als Ergebnis der Zukunftskonferenz wünschenswert sei, die Arbeit in Arbeitsgruppen dezentral fortzusetzen und Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Inhaltlich verweise er auf die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen, die einen großen Kanon enthalte, wobei es gelungen sei, MSPI auch für die Arbeit der Konferenz zur Zukunft Europas als eigenen Punkt zu setzen.

Abg. Voß teilt mit, dass die Europäische Union aktuell das Jahr der Jugend ausgerufen habe. Dies sei angesichts der Folgen der Coronapandemie klug und finde viel Widerhall, gerade bei jungen gewählten Politikerinnen und Politikern in den Arbeitsgruppen des AdR.

Die Stellungnahmen im Plenum hätten sich auf Legislativentwürfe insbesondere im Hinblick auf den Green Deal und die Taxonomie bezogen. Als weitere Punkte, an denen der AdR Einfluss haben könne, erwähnt Abg. Voß die Strategie Aqua-Kultur, die langfristige ländliche Entwicklung und die Nullschadstoffstrategie.

Er arbeite seit Neuestem in einer Ukraine-Kontaktgruppe mit, so Abg. Voß. Deren erste Sitzung habe einen Themenschwerpunkt im Bereich der Korruptionsbekämpfung gehabt.

Hinsichtlich der Subsidiarität seien die Nullverschmutzungsstrategie, das Klimamaßnahmenpaket mit einem Schwerpunkt auf dem biologischen Klimaschutz sowie die Strategie zur Reduzierung von Pestiziden Thema des AdR gewesen. Einen weiteren Punkt bildeten digitale Dienste und die Frage nach den Gleichstellungsstellen. Interessant sei aus kommunaler und Landessicht zudem die Behandlung kommunaler Abwässer.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Abg. Voß für dessen vielfältiges Engagement im Ausschuss der Regionen.

8. Beschlüsse der 34. Veranstaltung „Jugend im Landtag“

[Umdruck 19/6998](#)

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse der 34. Veranstaltung „Jugend im Landtag“, [Umdruck 19/6998](#), zur Kenntnis und stellt den Fraktionen anheim, daraus Initiativen zu entwickeln.

9. Verschiedenes

Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, zahlreich an der Vorstellung des Programms der französischen EU-Ratspräsidentschaft durch die französische Botschafterin im Landeshaus am 17. März 2022 teilzunehmen.

Abg. Poersch äußert, dass sie mit der Terminierung einer Reise des Nordschleswig-Gremiums nach Kopenhagen parallel zur Ausschusssitzung am 30. März 2022 nicht einverstanden sei.

Der Vorsitzende, Abg. Baasch, schließt die Sitzung um 12:40 Uhr.

gez. Wolfgang Baasch
Vorsitzender

gez. Svenja Reinke-Borsdorf
Geschäfts- und Protokollführerin